

Lüher Politik beschließt Lärmaktionsplan

Von Sabine Lohmann

GRÜNENDEICH. Der Rat der Samtgemeinde Lühe hat den Lärmaktionsplan für die Samtgemeinde beschlossen. Doch es gab auch Gegenstimmen, denn strittig war weiterhin eine Maßnahme zur Lärmreduzierung.

Der Lüher Samtgemeinderat hat den Lärmaktionsplan mehrheitlich beschlossen – bei drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen. Abgelehnt wurde die im Plan angeregte Maßnahme, aus Lärmschutzgründen nachts Tempo 30 auf der Landesstraße 140 in Mittelnkirchen und Hollern-Twielenfleth einzuführen.

Zuvor hatte Bauamtsleiter Lars Trucewitz das Verfahren vorgestellt. Zur Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie des Bundes sind die Gemeinden verpflichtet, Lärmaktionspläne aufzustellen. Der Entwurf des Plans hatte im Frühjahr zwei Monate öffentlich ausgelegen, gleichzeitig waren die Träger öffentlicher Belange beteiligt worden. Die Stellungnahmen mit Abwägungsvorschlag waren im Fachausschuss vorgestellt und erörtert worden; der Entwurf wurde entsprechend überarbeitet.

Fahrverbote und Tempo-Limits

Im Rat sprach sich die Mehrheit der Ratsmitglieder für den Lärmaktionsplan aus. Mit diesem Plan, der aufzeigt, dass die Bevölkerung unter massivem Lärm leidet und präzise Orte mit Lärmbelastung benennt sowie Folgen für die Gesundheit und Möglichkeiten für Bürger und die Verwaltung aufzeichnet, habe die Samtgemeinde ein Instrument in die Hand bekommen, mit dem konkrete Maßnahmen wie Fahrverbote für Transit-Lkw und Geschwindigkeitsreduzierungen auf 30 km/h eingefordert werden könnten, hieß es.

Konkrete Prüfaufträge sollten nun beim Landkreis Stade als zuständige Straßenverkehrsbehörde gestellt werden. Ein Arbeitskreis aus Politik, Verwaltung und Bürgerinitiativen soll den Prozess begleiten, den Maßnahmenkatalog für mehr Lärmschutz, mehr Verkehrssicherheit und saubere Luft zeitnah umzusetzen.

Kritik an Maßnahmen

Von Inge Massow-Oltermann (FWG), Nicola Hahn (FDP) und Ulrike Mohr (Bündnis 90/Die Grünen) wurde lediglich moniert, dass für den Plan wegen der Mindestfahrzeugzahl nur Landesstraßen untersucht worden seien, die

Kreisstraße 39 (Elbdeich) in Grünendeich aber nicht geprüft wurde.

Kritik kam von Astrid zum Felde (AfD). Sie wandte sich gegen zwei konkrete Maßnahmen, die im Lärmaktionsplan zur Lärmreduzierung vorgeschlagen werden: eine nächtliche Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h auf der Hollernstraße in Hollern-Twielenfleth und der Dorfstraße/Hohenfelde in Mittelnkirchen. Dass der Lärm reduziert werden müsste, sei keine Frage, sagte die Ratsfrau, doch diese Maßnahmen seien nicht zielführend, sondern behinderten die Bevölkerung. „Nonsense“ nannte ihr Parteikollege Thomas Schack das Tempolimit für Hollern-Twielenfleth. Als „praxisfern“ bezeichnete auch CDU-Ratsherr Dirk Dehmel die Maßnahme. Er könne nicht für Tempo 30 stimmen, sagte er.

Arbeitsgruppe wird eingerichtet

Astrid zum Felde stellte erneut den Antrag, den sie bereits im Samtgemeindeausschuss gestellt hatte: die beiden Maßnahmen aus dem Plan herauszunehmen. Mit nur drei Pro-Stimmen und drei Enthaltungen wurde der Antrag abgelehnt. Der Lärmaktionsplan werde nun umgesetzt, sagte Bürgermeister Michael Gosch nach der Abstimmung zu. Die Arbeitsgruppe werde zügig eingerichtet und der Maßnahmenkatalog abgearbeitet.

Einstimmig beschloss der Rat, die Corona-bedingt überplanmäßigen Aufwendungen für die Kindertagesstätten der Samtgemeinde Lühe zu genehmigen. Der Rat hatte bereits im Juni beschlossen, den Eltern für die Zeit des eingeschränkten Regelbetriebs von März bis Juli die Kita-Gebühren zu erlassen. Die fehlenden Einnahmen der Kitas werden durch erhöhte Zuschüsse der Samtgemeinde ausgeglichen. Dadurch entstanden überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 112 100 Euro, die durch Ausgleichsleistungen vom Land Niedersachsen gedeckt werden sollen.